

Editorial

»Man muss also auch Politik treiben« – so drückte Alexander Mitscherlich in den 1950er Jahren seine Auffassung aus, dass sozialwissenschaftliche Studien selbstverständlich mit der Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbinden seien. Diese Auffassung lebt in vielen SozialwissenschaftlerInnen fort, die sich auch heute einer kritischen Tradition verpflichtet sehen. Jedoch steht diese kritische Tradition heute nicht nur vor ungelösten systematischen Fragen, sondern sieht sich auch mit zunehmend prekären institutionellen Verhältnissen und mit dem Bröckeln institutioneller Verortungen konfrontiert.

Vor inhaltlichen Schwierigkeiten sieht sich eine kritische Sozialwissenschaft heute nicht zuletzt dadurch, dass das mit dem *linguistic* und dem *cultural turn* verbundene Lob von Bedeutungsvielfalt und Wertepluralismus immer wieder in ein Dilemma zu führen scheint: Kritik, die das Wissen voraussetzt oder impliziert, wie die Wirklichkeit eine objektiv bessere werden kann, hat sich als Engführung desavouiert oder läuft selbst Gefahr, zu einem *topos* zu werden, der nicht nur Kritik starr und unflexibel macht, sondern sich selbst gegen sie immunisiert. Wo aber die Lösung im Anschluss an dekonstruktivistisch-postmoderne Bewegungen darin gesucht wird, sich auf ästhetische Formen subversiven Spiels als heute adäquate Form der Kritik zu beschränken, droht Beliebigkeit. Und: Wer sich ›kritisch‹ nennt, musste bislang angeben können, wer Subjekt der Kritik und NutznießerIn der zu erreichenden Emanzipation ist – auch dies eine klassische Voraussetzung kritischer Wissenschaft, die angesichts der Infragestellung eindeutiger Zugehörigkeiten und der Pluralisierung von Identität in der globalisierten Postmoderne immer schwieriger wird. Wie also noch kritische Wissenschaft betreiben? Und wodurch muss sich auch heute noch eine als ›kritisch‹ verstehende Wissenschaft ausweisen?

Strukturell und institutionell betrachtet ist die Lage kritischer Sozialwissenschaft zunehmend prekär. Die kritischen Psychologien im deutsch-

sprachigen Raum waren in den letzten Jahren etwa mit dem Abbau des *Instituts für Sozialpsychologie* der *Leibniz Universität Hannover* und der Verdrängung der kritischen Psychologien und anderer alternativer Inhalte aus dem *Studiengang für Psychologie* der *FU Berlin* konfrontiert. Kritische PsychologInnen an Universitäten im deutschsprachigen Raum sind ohnehin wenige und/oder ziehen sich in einen wohlverdienten Ruhestand zurück. Wo also noch Psychologie als kritische Wissenschaft betreiben?

Gerade auf letztere Frage geben vermehrt studentische Initiativen Antwort. Eine Mitorganisatorin des von Studierenden organisierten *Symbiosiums*, das Ende Mai und Anfang Juni 2012 am *Institut für Psychologie* der *Universität Wien* stattfand, meinte dazu, die Gruppe von OrganisatorInnen hätte nach gebührender Frustration ihrer Neugier auf kritische wissenschaftliche Inhalte im Psychologie-Studium eines Tages beschlossen, sich die gewünschten Inhalte autonom anzueignen. Nicht nur, aber auch als Nachwehen der Politisierungen während der Uni-Proteste 2009 organisieren studentische Gruppen in Berlin, Frankfurt, Heidelberg, Innsbruck, Wien usw. Sommeruniversitäten, Konferenzen und Workshops. So fordern und instituieren sie ihr Recht, sich Wissenschaft nach ihrem Sinne anzueignen.

Nicht zuletzt erinnern diese studentischen Bewegungen an die Anfänge einiger jener kritischen Sozialpsychologien, die in diesem Heft vorgestellt werden. Mit dem vorliegenden Doppelheft *Kritische Sozialpsychologie* geht *Psychologie & Gesellschaftskritik* der Reflexion auf die Möglichkeiten einer kritischen sozialwissenschaftlichen Position in einer eigenen Ausgabe nach – und zwar mit Blick auf die deutschsprachige Sozialpsychologie und das, was sich dort an ›kritischen‹ Orientierungen und Bewegungen findet. Indem wir uns in dieser Ausgabe auf Ansätze aus dem deutschsprachigen Raum konzentrieren, schließen wir an das Heft *Critical Psychology* an, welches sich mit kritisch-psychologischen Ansätzen des englischen Sprachraums befasste. Während das damalige Heft die Frage nach einem Auseinanderdriften von kritischer Psychologie und *cultural studies* stellte, befassen sich die Ansätze im vorliegenden Heft mit der Anknüpfung an tradierte Positionen im deutschen Sprachraum und deren Verwurzelung in Wissenschaftskritik und Psychoanalyse.

Maria Tsenekidou diskutiert gegenwärtige Herausforderungen politischer Psychologie auf der Basis einer fundierten Analyse des Wissenschaftsverständnisses Peter Brückners und bezieht dabei Brückners Begriff des Lagebewusstseins auf heutige Herausforderungen kritischer (psychologischer) Wissenschaft. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Verhältnis von geschichtlicher Erfahrung, theoretischer Reflexion und politischer Praxis sowie der Problemgeschichte eines auf emanzipatorisch-gesellschaftsverändernde Praxis ausgelegten Wissenschaftsverständnisses.

Markus Brunner und *Jan Lohl* bieten in ihrem Beitrag nicht nur einen ausgezeichneten und ausführlichen Überblick über die Geschichte psychoanalytischer Sozialpsychologie, sondern präsentieren hier auch erstmals die Ergebnisse einer Umfrage unter psychoanalytischen SozialpsychologInnen. Unter anderem fordern die befragten WissenschaftlerInnen ein, die psychoanalytische Sozialpsychologie zu öffnen und in Foren sichtbar zu machen, in denen sie bisher weniger präsent war – ein Anliegen, dem die Autoren mit diesem Beitrag nachkommen.

Als renommierter Vertreter eben jener psychoanalytischen Sozialpsychologie fragt *Hans-Joachim Busch* im vorliegenden Aufsatz nach den Möglichkeiten des Subjekts, sich der Natur destruktiver Merkmale der spätmodernen Gesellschaft deutlicher bewusst zu werden, und zwar mit dem Ziel, dass ein solches Subjekt sich nicht mehr damit begnügen muss, dem *Unbehagen in der Kultur* in seinem Handeln und Erleben Rechnung zu tragen, sondern sich diesem Unbehagen auf neue Art und Weise stellen kann. Der Autor vertritt, dass hierfür eine spezifisch spätmoderne ›Affektbildung‹ notwendig ist, eine Art konstruktive Melancholie, mittels derer dieses Subjekt zu neuen Bewusstseinsformen findet, die ihm eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Praxis der Lebenspolitik ermöglichen.

Nora Ruck verschränkt in ihrem Beitrag eine kritische Sozialpsychologie mit feministischer Wissenschaftskritik und legt eine profunde Ideologiekritik der gegenwärtig so populären Evolutionspsychologie vor. Folgt man der Autorin, ist der ›kritische‹ Impetus einer kritischen Sozialpsychologie weniger eine Frage der Verortung oder des Inhalts, sondern der Analysehaltung dem Gegenstand gegenüber, der immer in seinen sozialen und politischen Herstellungsbedingungen analysiert werden muss.

Im Anschluss an Michel Foucaults Konzeption strategischer Macht stellt *Ralph Quindel* die Frage nach Kriterien kritischer Sozialwissenschaft; dabei greift er exemplarisch auf empirische Interviews mit MitarbeiterInnen von Sozialpsychiatrischen Diensten zurück. Nachdem in einer kritischen Diskursanalyse die Bedeutung des medizinischen Erklärungsmodells für die Identität und die Handlungsmöglichkeiten der professionellen HelferInnen herausgearbeitet wird, endet der Beitrag mit einer kritischen Diskussion des Empowerment-Ansatzes in der Sozialpsychiatrie.

Mit *Josua Handerers* Beitrag schließt dieses Heft den Bogen zurück zu studentischen Initiativen als möglichen Ort kritisch-sozialpsychologischer Wissenschaftsproduktion. In seinem nicht nur äußerst informativen, sondern auch unterhaltsamen Beitrag beschreibt er aus sozialpsychologischer Perspektive, wie sich im Zuge der Erstellung einer an quantitativen Kriterien orientierten Diplomarbeit im Autor eine Instanz einschleicht, die ihn letztlich zur Produktion eines Paralleltextes treibt, der, in Fußnoten festgehalten,¹ den eigentlichen Kern der Arbeit darstellt.

Die Bilder in diesem Heft stammen von *Rebekka Schulte*, die zudem auch den wunderbaren Text *SpurenSuche: Gekritzelt_geschichtet* beiträgt und damit, ähnlich wie Handerer, jener psychischen Instanz auf die Spur zu kommen sucht, die nach Erkenntnis strebt – gekritzelt wie geschrieben.

Nora Ruck & Barbara Zielke

► In eigener Sache

Lisa Schönberg ist mit Heft 142/143 aufgrund neuer beruflicher Herausforderungen und eines zeitintensiven Ausbildungsabschnittes vorübergehend von der Redaktionsarbeit beurlaubt.

¹ Ein Unikat ist und bleibt bei P&G die Verwendung von Fußnoten bei diesem Text. Dass wir sie verwenden, geschieht als Hommage an den Text.

Maria Tsenekidou

Lagebewusstsein und kritische Intervention Gegenwärtige Herausforderungen politischer Psychologie

In diesem Beitrag wird der emanzipatorische Gehalt des Wissenschaftsverständnisses Peter Brückners herausgearbeitet. Der Begriff des Lagebewusstseins wird mit der Frage nach heutigen Bedingungen und Bestimmungen kritischer Wissenschaft kontextualisiert. Schließlich werden Gedanken über gegenwärtige Herausforderungen politischer Psychologie im Spannungsfeld von Erfahrung, Theorie und Praxis zur Diskussion gestellt.

Schlüsselbegriffe: Geschichte, Erfahrung, Lagebewusstsein, Kritik, Politisierung

Und wenn einige ältere Perspektiven untergegangen sind, müssen wir aufs Neue versuchen, zu begreifen und zu verändern; für beides scheinen mir unsere Geschichte und unser Bewusstsein das Arbeitsfeld. [...] Was wir suchen, sind Einsichten über einen möglichen Zusammenhang individueller Geschichte, der Geschichte der eigenen Gesellschaft und der immanenten Problemgeschichte der Wissenschaft, die man lehrt und studiert – die Genesis der Probleme mit einbeziehend, an denen sie sich abmüht (Brückner, 1982a, S. 267).

Die Schwierigkeiten der Bestimmung gesellschaftspolitischer Dimensionen sozialpsychologischer *Kritik* und der Auslotung von *praktischen Interventions-* und *Emanzipationsmöglichkeiten* haben nicht zuletzt geschichtliche Entstehungshintergründe. Insofern verweisen Fragen nach heutigen Bedingungen und Bestimmungen ›kritischer Wissenschaft‹ gleichsam auf die Notwendigkeit der »Aneignung von bedingender Vergangenheit im Lichte problematischer Aktualität« (Brückner & Krovoza, 1972a, S. 13).

In seinem Aufsatz *Anmerkungen zur Krise des Marxismus. Geschichte und Psychologie* (1975) streut Peter Brückner den Begriff des *Lagebewusstseins* ein, den ich hier aufgreife. Was ist darunter zu verstehen?

Brückner verwendet ihn im Zusammenhang mit der Krise materialistischer Theorie und Praxis, den dogmatischen Irrungen und Wirrungen der aus dem Zerfallsprozess der antiautoritären Bewegung hervorgegangen politischen Gruppierungen sowie dem Scheitern der Aneignungsversuche der Universitäten als ›Lebensgelände‹. Gegen Dogmatismus und Orientierungslosigkeit gewendet, ist mit Lagebewusstsein mehr »als eine – abstrakte – politische Orientierung« (ebd., S. 105) gemeint. Lagebewusstsein konstituiert sich im *Spannungsverhältnis* von geschichtlicher Erfahrung, theoretischer Reflexion und politischer Praxis. Dahinter blitzt das für die Brücknersche politische Psychologie zentrale *Selbstaufklärungsmotiv* auf, unter dessen Vorzeichen das obige Zitat steht.

Handelt es sich bei der Frage nach *gegenwärtigen Bedingungen* und *Bestimmungen kritischer Wissenschaft* also auch um eine des Lagebewusstseins? Vor dem Hintergrund dieser Frage erfolgt zunächst eine Auseinandersetzung mit dem politischen Psychologen Peter Brückner, der ›Kritik im Handgemenge‹ betrieb. Im Folgenden werde ich fragmentarisch den kritisch-emanzipatorischen Gehalt seines Wissenschaftsverständnisses im (lebens)geschichtlichen Kontext rekonstruieren. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Verhältnis von *Erfahrung*, *Theorie* und *Praxis* und der *Problemgeschichte* eines auf emanzipatorisch-gesellschaftsverändernde Praxis ausgelegten Wissenschaftsverständnisses. Abschließend werden unabgeschlossen Gedanken über einige gegenwärtige Herausforderungen politischer Psychologie formuliert. Unabgeschlossen, weil grundlegende Fragen gestellt werden, auf die es kaum abgeschlossene oder gar widerspruchsfreie Antworten geben kann; unabgeschlossen zudem, weil sie kollektiver Verständigung bedürfen.

Zum emanzipatorischen Gehalt des Brücknerschen Wissenschaftsverständnisses

Klaus Horn (1972, S. 98) kennzeichnet Erkenntnisinteressen einer im »emphatischen Sinn« verstandenen politischen Psychologie, die gerade auch grundlegend für den Brücknerschen Ansatz sind. Die Reflexion des historischen und gesellschaftlichen Bedingungsgefüges der Psychoanalyse

sowie ihres ›Gegenstands‹ – dem vergesellschafteten Subjekt – ist verbunden mit dem praktischen Motiv der Aufklärung »unter der Perspektive der Emanzipation aus Zwängen« (Horn, 1975, S. 89). Dabei verkannte Brückner nicht die *Dialektik der Aufklärung*, sondern zog zuteilen andere Konsequenzen aus ihr: Sein Verhältnis zu politischer Praxis und zur Frage nach Möglichkeiten praktischer Emanzipation nach, trotz und gerade wegen NS und Auschwitz macht eine der entscheidenden Differenzen zur kritischen Theorie Horkheimers und Adornos in der Nachkriegsgesellschaft aus. Es handelt sich um eine Differenz, die nicht unwesentlich mit dem unterschiedlichen *Erfahrungshintergrund* zusammenhängt. Anders als die beiden, die sich während der NS-Herrschaft im amerikanischen Exil befanden, verbrachte Brückner seine Jugend im nationalsozialistischen Deutschland. Die Protestbewegung, die heute unter der Chiffre ›68er‹ geläufig ist, hat maßgeblich sein politisches Verständnis von Psychoanalyse und kritischer Theorie geprägt (vgl. Brückner, 1980a, S. 108). Unter dem Wissenschafts- mit Gesellschaftskritik verbindenden Postulat *Politisierung der Wissenschaften* leitete der studentische Teil der Bewegung einen theoretisch-praktischen Selbstaufklärungsprozess ein. Dass der antiautoritäre Protest auch autoritäre Züge in sich barg und die Selbstaufklärungsprozesse *umschlugen*, ist zunächst kein Hinderungsgrund, den kritisch-emanzipatorischen Gehalt herauszuschälen, zumal das Brücknersche Wissenschaftsverständnis an diesen gekoppelt ist. Allerdings ist dieser Umstand relevant hinsichtlich der Fragen nach Problematiken sowie Anknüpfungsmöglichkeiten und -schränken, die ich später aufgreife.

Politisierung der Wissenschaften könnte dahingehend missverstanden werden, dass Wissenschaft ›ursprünglich‹ unpolitisch sei. Ferner handelt es sich – zumindest vom Ideal her – nicht um »parteilpolitische Magd-schaft wissenschaftlichen Denkens« (Brückner, 1968a, S. 125). Ausgangspunkt ist hingegen die Einsicht, dass die Universität nicht im gesellschaftsfreien Raum existiert, sondern eben in politisch, ökonomisch sowie kulturell vermittelte Herrschaftsverhältnisse und -strukturen eingebunden ist. Dementsprechend kann es *keine wertneutrale Wissenschaft* geben. Sogenannte Wertneutralität wird vielmehr als eine Form der Wert-

setzung, Enthaltensamkeit von Politik als politisch, als eine Form der Affirmation des Bestehenden verstanden. Dass gerade ein vermeintlich unpolitisches Wissenschaftsverständnis der Indienstnahme durch heteronome politische und ökonomische Interessen in die Hände spielt, ist ein zentrales Argument. Ein nicht außer Betracht zu lassender historischer Hintergrund ist dabei, dass Wissenschaftler, die in die Machenschaften des NS-Regimes verwickelt waren, unbehelligt in der BRD an ihren Karrieren weiterbasteln konnten und sich als unpolitisch ausgaben:

An den Universitäten konnte man Nobelpreisträger sein und Antisemit, Philosoph und Mitglied der SA. Es war die Reflexion über die Bedingungen wissenschaftlicher Vernunft 1933, die hier nun einige belehrt hatte (meist, nicht nur, Studierende): die Enthaltensamkeit von jeder übergreifenden Besinnung und von Politik war – in der Folge, in der sozialen Funktion – antidemokratisch (Brückner, 1982b, S. 16).

Gegen die »selbstvergessene Instrumentalisierung der Wissenschaft« (Horkheimer & Adorno, 1947, S. 17) wendet sich das Postulat der kollektiven *Reflexion* gesellschaftlicher Bedingungen wissenschaftlicher Vernunft. Gegenstand der Kritik instrumenteller Vernunft unter dem Diktat kapitalistischer Verwertungslogik ist hier auch die Ausklammerung der Frage nach den *Verwendungszwecken* von Wissenschaft aus dem Zusammenhang einer diskutierenden und kontrollierenden *Öffentlichkeit* (vgl. Negt, 1968, S. 182). In Berlin und in Frankfurt – den Hochburgen des studentischen Protests in der BRD – fanden Versuche statt, eine kritische Universität zu etablieren. Angetrieben vom Bedürfnis nach Demokratisierung, inhaltlicher sowie organisatorischer Selbstbestimmung, schloss *Politisierung der Wissenschaften* die kontrovers zu diskutierende Frage *praktischer Vernunft* ein, wozu Wissenschaft überhaupt dienen soll (»Orientierung im Handeln«, Brückner 1982b, S. 18). Nicht frei von Größenwahn ging es darum, sie als »Instrument menschlicher Befreiung« (Brückner, 1968a, S. 128) zu würdigen.

Aber wo liegt der besondere politisch-psychologische Ansatzpunkt der Kritik im Rahmen des Politisch-Ökonomischen? Konforme Denk-

und Verhaltensweisen würden dadurch begünstigt, dass Bedürfnisse des *Erkenntnissubjekts*, seine Triebkonstitution und seine Affekte unter den fremdbestimmten Bedingungen und dem Imperativ der Wertneutralität in der Regel nicht als Gegenstand der *Selbstreflexion* in die wissenschaftliche Arbeit eingehen. Die sogenannte »Zurückholung der Innerlichkeit« (Brückner, 1968a, S. 126ff.) in den Erkenntnisprozess solle eben dem etwas entgegensetzen, zur *Aufdeckung von Selbstverborgenheit* verhelfen. Aufbegehrt wird somit zugleich gegen die Ausschaltung von Subjektivität im Wissenschaftsprozess. Brückners *Verständnis von kritischer Theorie* fußt auf der ›fühlbaren‹ Vermittlung von Erfahrung und Objektivität (vgl. Brückner, 1980b, S. 88). Seiner politischen Psychologie liegt schließlich zu Grunde, dass das Erkenntnissubjekt mit seinen Wünschen und Ängsten, seiner Lebensgeschichte und sozialen Lage konstitutiv in die Theoriebildung eingeht. Dass gelebte Erfahrung nicht in Theorie *aufgehen* kann, war Brückner dabei bewusst, aber eben auch, dass Theorie hohl ist, sofern *reflektierte* Erfahrungen nicht in sie *eingehen*. Sein *systematisch-antisystematischer* Ansatzpunkt der Vermittlung von kritischer Gesellschaftstheorie und Psychoanalyse liegt in den »Verschränkungen im Begriff von Geschichte« (Brückner, 1972b, S. 65) und *Geschichten*.¹

Politische Psychologie situiert sich im Dilemma, in der Unklarheit der Zersplitterung, die sich im Zusammenhang des Alltagslebens darstellt. Daher ist der Zusammenhang von Lebensgeschichte und Geschichte eine kritische Idee, die sich den Trennungen und Unklarheiten entgegenstellen will. Die Wiederherstellung, ›Rekonstruktion‹ von Zusammenhang, ist die Perspektive, die Politische Psychologie zur methodischen Grundlage hat. Diese ›Idee‹ ist daher das ›Äquivalent‹ für ihren vermeintlichen Rückstand gegenüber den positivistischen Humanwissenschaften. Sie verfahren zwar exakt. Aber ihre Methoden haben sich den gesellschaftlichen Widersprüchen und Trennungen immer schon angeschmiegt. Sie vertiefen die Unklarheit und den ›Riß‹. Daher verselbständigen sie sich gegenüber den Individuen und spiegeln ihnen in den wissenschaftlichen Resultaten nur ihre Entfremdung zurück: So wie es

ist, muss es sein. Diesem Gestus von Herrschaft in der Wissenschaft stellt Politische Psychologie die ›Idee des Zusammenhangs‹ entgegen (Oestmann, 1986, S. 33).

Das Grundmotiv von Brückners politischer Psychologie – Aufklärung über den Zusammenhang von individueller und gesellschaftlicher Geschichte – ist, wie bereits angedeutet, stark mit dem Bedürfnis nach eigener *Selbstaufklärung* und *Selbstbefreiung* verbunden. Der 1922 in Dresden Geborene, der im NS ein jugendlicher Antifaschist und Dissident war, hatte sich – um nicht als ›Halbjude‹ entdeckt zu werden und dem Rassenwahn zum Opfer zu fallen – eben *nicht* der Mitgliedschaft in HJ, NSDAP und Wehrmacht verweigert. *Zerstörung des Gehorsams* ist seine Lehre aus dem Faschismus. Brückner hatte das Bedürfnis, sich tätig-politisch »zu entschulden« (Brückner, 1980b, S. 151). Sein *Denken*, sein spezifischer Theoriezugang sowie sein *Praxisbezug* sind schließlich ohne Beachtung seiner NS-*Erfahrungen* und der Erfahrung des Überdauerns faschistoider Einstellungen und Verhaltensweisen bei gleichzeitiger politischer Apathie und Schuldabwehr in der Nachkriegsgesellschaft nicht nachvollziehbar.

Das psychoanalytische therapeutische Ziel, die Grenzen des Bewusstseins zum Unbewussten hin mittels *Erinnerung* zu erweitern, ist der Brücknerschen politischen Psychologie zueigen. Horn (1979, S. 141) problematisiert, dass eine psychoanalytisch-biographisch orientierte Selbstreflexion auch an gesellschaftlichen Hindernissen der Emanzipation von Zwängen auf ihre Grenzen stößt. Brückners Ansatz, den ›versunkenen‹ Erfahrungen auf die Spur zu kommen, um den »subversiven Inhalten des Gedächtnisses« (Marcuse) Geltung zu verschaffen, zeichnet sich gerade durch den Einbezug gesellschaftlicher Dimensionen aus. Für ihn ist das Gelingen individueller Emanzipation nicht jenseits kollektiver *gesellschaftsverändernder Praxis* vorstellbar. Da die Verdinglichung von Herrschaftsverhältnissen auf der Subjektseite die Verinnerlichung von Autorität voraussetzt, zielt Brückners politische Psychologie zwecks *Anamnese* der verdrängten psychosozialen Konflikte und daran haftenden Affekte auf die *Zerstörung von Alltäglichkeit* – das was als *Normalität* erscheint (vgl.

Brückner, 1968b, S. 94). Kennzeichnend ist die eigentümliche Vermittlung des Freudschen *Junktims von Heilen und Forschen* mit einem Marx-schen Praxis- bzw. Erkenntnisbegriff: »Zur Methode ihrer Erkenntnis gehört politische und psychologische Aktivität; sie erkennt Tatbestände, indem sie versucht Tatbestände zu verändern« (ebd., S. 95). Diese Zeilen sind im *konkreten Zusammenhang* der Frühphase der antiautoritären Bewegung geschrieben. Mit Mitscherlich und über ihn hinausgehend sieht Brückner die Vorbedingung für Emanzipation im Ungehorsam bzw. Ich-Gehorsam. Mit der notwendigen individuellen und kollektiven (Selbst)Reflexion allein sei es dabei nicht getan. Die Überwindung von Angst setze voraus, sich ihr zu stellen: Es bedürfe der »politischen Aus-tragung gesellschaftlicher Antagonismen«, des »regelwidrigen sozialen Handelns« (Brückner, 1970, S. 61).

In den Siebzigern rückt angesichts der entglittenen Emanzipationspro- zesse notgedrungen die Reflexion des Scheiterns der Versuche *umwäl- zenden Handelns* in den Vordergrund. Zugleich gesellt sich zunehmend zur Nähe Distanz. Gemäß seinem wissenschaftlichen Selbstverständnis betrieb Brückner weiterhin politische Interventionen. Was wiederum in einer Zeit, in der die Kriminalisierung Andersdenkender, Anderslebenwol- lender und politischer Intellektueller zu ›Sympathisanten‹ oder ›Schreib- tischtätern‹ des Terrorismus zum massenmedialen und politischen Tages- geschäft gehörte, nicht ohne politische Konsequenzen blieb. So wurde er zweimal vom Hochschuldienst suspendiert.²

Zwischen Vergangenheit und Gegenwart: zum Problem politischer Identität

Die Publikation *Was heißt Politisierung der Wissenschaften und was kann sie für die Sozialwissenschaften heißen?* (Brückner & Krovoza, 1972a), ist eine Reaktion auf den Zerfallsprozess der antiautoritären Bewegung und ihre autoritären Auswüchse. Die Kritik richtet sich dabei sowohl gegen staatliche Repressionen in öffentlichen Bildungsinstitutionen als auch gegen unreflektierte Prozesse »*regressiver Politisierung*« (ebd., S. 11) unter ›der‹ Linken – die als homogene Einheit freilich nur als Feindbild-

konstruktion existierte. Wie ein roter Faden durchzieht das Theorie-Praxisproblem das Buch. Eng verflochten ist dieses mit der »*Suche nach politischer Identität*« (ebd., S. 17ff.). Im Begriff der *politischen Identität* kulminieren mehrere ineinander verwobene Problematiken hinsichtlich subjekttheoretischer, gesellschaftstheoretischer, philosophischer, politischer und historischer Fragen im Zusammenhang des Verhältnisses von *Erfahrung*, *Theorie* und *Praxis*. Im Rahmen eines kurzen Artikels lassen sich allerdings nur einige Knackpunkte skizzieren.

Politische Identität stellt sich bei Brückner durch das Zusammenspiel von kollektiver und individueller Selbstreflexion, Bewusstwerdung historisch-gesellschaftlicher Konstitutionsbedingungen von Subjektivität und *praktischer Aneignung enteigneter Lebensbedingungen* her. Politische Identität bedeutet hier also geradezu das Gegenteil von dem, was heutzutage als *kollektive Identität* – beispielsweise als *nationale* oder *kulturelle* – propagiert wird und den Antagonismus von Individuum und Gesellschaft verschleiert. Das Scheitern analysierend, kennzeichnet Brückner in seinem Aufsatz *Über Krisen von Identität und Theorie* die Protestbewegung von 1967-1969 als »Identitätsrevolte. Ihr Bedürfnis nach Theorie [sei] mit Prozessen der Identitätsfindung verknüpft« gewesen (Brückner, 1978, S. 185). Zu fragen bleibt mitunter, inwiefern die dogmatisch-autoritären Dynamiken, die späterhin in den politischen Sektenbildungen und der ohnmächtigen Militanz der RAF verstärkt zum Ausdruck kamen, genuin im Zusammenhang mit jenen Identitätsbedürfnissen standen. Behinderten sie vielleicht nicht gerade die kritische Selbst- und gesellschaftliche Lagereflexion, über die sie sich hätten konstituieren sollen? Wolfgang Stender scheint einen Nerv zu treffen: »Im Festklammern an die kritische Theorie einer untergegangenen Epoche verdrängte das Bedürfnis nach Identität die Erfahrung der historischen Differenz. Kritische Theorie taugt aber nicht als Identität ersatz« (1996, S. 44). Brückners Verständnis von *politischer Identität* ist allerdings *nicht* gleichzusetzen mit der *Identitätspolitik*, die in verschiedenen »linken« Gruppierungen praktiziert wurde. Er kritisiert gerade die »Verdrängung von Erfahrung und Selbstwahrnehmung« (Brückner, 1978, S. 190) und besteht darauf, dass veränderte gesellschaftliche Bedingungen in der Theoriebildung berücksich-

tigt werden müssen (vgl. Brückner, 1975, S. 102). Ferner war sich Brückner dessen bewusst, dass Erfahrung, Theorie und politische Praxis *nicht identisch* sein können. Oestmann bringt sein »erkenntnisleitendes Prinzip« auf den Punkt:

Es gibt eine Differenz zwischen Begriff und Erfahrung, in der Gegenstände und Subjekte gefangen sind. Diese Differenz löst sich im Begriff nie auf. Und fortwährend bleibt er auf Erfahrung verwiesen, so wie diese nur im Begriff ihrer selbst inne wird. Doch bleibt ein unaussprechlicher Rest. Erfahrung enthält Blindheit, der Begriff Leere. Wissen ist nicht alles. Keine Praxis kann sich vollends auf Theorie berufen, es sei denn, sie beugte sich dem Dogmatismus, um so von der Wirklichkeit abzuschneiden, was die Theorie schon gestutzt hat (1981, S. 149).

Umso fragwürdiger ist, wie ausgerechnet (politische) *Identität* als eine dynamische, prozessuale »*Beziehungskategorie*« (Oestmann, 1988, S. 290) geeignet sein soll. Im Begriff der *politischen Identität* verdichten sich die Rätsel von Brückners Lebensgeschichte, gesellschaftlicher Geschichte(n) und der Problemgeschichte eines auf emanzipatorische gesellschaftsverändernde Praxis ausgelegten Wissenschaftsverständnisses.

Einen zentralen Aspekt dieser Problemgeschichte, den ich im Folgenden fokussiere, beleuchtet Herbert Marcuse:

Ein kurzer Vergleich zwischen dem Stadium, in dem die Theorie der Industriegesellschaft sich bildete, und ihrer gegenwärtigen Lage kann zeigen helfen, wie die Grundlage der Kritik sich gewandelt hat. Als sie in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts aufkam und die ersten Begriffe von Alternativen ausarbeitete, gewann die kritische Theorie der Industriegesellschaft Konkretion in einer geschichtlichen Vermittlung zwischen Theorie und Praxis, Werten und Tatsachen, Bedürfnissen und Zielen. Diese geschichtliche Vermittlung spielte sich ab im Bewusstsein und in der politischen Aktion der beiden großen Klassen, die sich in der Gesellschaft gegenüberstanden: Bourgeoisie und Proletariat. In der kapi-

talistischen Welt sind sie noch immer die grundlegenden Klassen. Die kapitalistische Entwicklung hat jedoch die Struktur und Funktion dieser Klassen derart verändert, daß sie nicht mehr Träger historischer Umgestaltung zu sein scheinen (1964, S.14f.).

Nach dieser Analyse ist es gerade die *Integration* antagonistischer Klassen und Interessen, die historische Alternativen abstrakt und utopisch erscheinen lässt und ›die‹ kritische Theorie vor das Problem des Nichtvorhandenseins eines Trägers emanzipatorischen sozialrevolutionären Wandels stellt. Marcuse hatte in den fünfziger und sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts den vorläufigen Zenit der westlichen ›Wohlstandsgesellschaften‹ vor Augen, in denen der lohnabhängige Mensch durch die Ergänzung der Produktions- um die Konsumtionsmoral an dem von ihm produzierten Wohlstand teilhaben ›durfte‹. War der Kapitalismus während des *Kalten Krieges* angesichts der ›Systemkonkurrenz‹ dazu genötigt, sich ein ›soziales‹ Antlitz (beispielsweise ›soziale Marktwirtschaft‹ in der BRD) zu verleihen, hat sich die Lage nach dem Zusammenbruch der *bipolaren Weltordnung* verändert. Die Veränderung dieser Lage, die die Grundlagen der Kritik erneut tangiert, konnte auch der 1982 verstorbene Brückner nicht in Erfahrung bringen, der das, was Marcuse mit dem Begriff der *Eindimensionalität* zu fassen sucht, ironisch als »posthistoire« – das »Zeitalter der Normalität« – bezeichnet und die sozialen Bewegungen seiner Zeit als Aufruhr gegen eben jene Strukturen begriff. Anfang der achtziger Jahre spricht Brückner von der »neue[n] Version vom Grundwiderspruch«. Die sieht er »zwischen den Kräften der Erhaltung von (technischer) Rationalität, Verwaltung, Produktion von Normalität und einer ›Ungleichzeitigkeit‹ von Revolten, die Elemente vorbürgerlicher und postindustrieller Kritik umschließt«. Derartiger Aufstand »läßt eine Synthese unter dem Konstrukt eines kollektiven Subjekts nicht mehr zu; am wenigsten als Klassensubjekt« (Brückner, 1982c, S. 266).

Gegenwärtig empfiehlt es sich, nicht hinter diese Einsicht zurückzufallen. Aus den unterschiedlichen Gruppen, die unter die Bezeichnung *Prekariat* subsumiert werden – unsicher beschäftigte AkademikerInnen, sogenannt ›geringfügig‹ Qualifizierte, Mini-JobberInnen ohne Sozialver-

sicherung, am Existenzminimum lebende (Schein)Selbständige, ZeitarbeiterInnen, etc. – lässt sich trotz Fortbestehen der Klassengesellschaft *keine definite homogene* Klasse ausmachen. Wenn alters- und geschlechtsspezifische oder mit Migration zusammenhängende Aspekte von ›Prekarisierung‹ hinzugezogen werden, erscheint die Konstruktion eines kollektiven Subjekts noch absurder. Aber wer sagt überhaupt, dass von ›Prekarisierung‹ betroffene Menschen notwendigerweise ein Interesse an Emanzipation hätten? Und was, wenn es Menschen nach Emanzipation drängt, die nicht von Prekarisierung betroffen sind? Sind Konstruktionen eines *kollektiven Subjekts* im Sinne *kollektiver Identität* – selbst wenn sie unter emanzipatorischem Vorzeichen vorgenommen werden – auf Grund identitätslogischer und somit ideologischer Verstrickungen nicht problematisch?

Nicht nur bezogen auf ein emanzipatorisches Kollektivsubjekt, sondern ebenfalls auf das einzelne Individuum gewendet, erhob Brückner sehr besorgt »Grundzweifel an der Möglichkeit von Identität« (Brückner, 1978, S. 188) und sah in diesem Zusammenhang gleichsam Möglichkeiten radikaler gesellschaftsverändernder Praxis schwinden. Historisch wie gegenwartsbezogen scheinen allerdings auch Grundzweifel angebracht, ob Identität lebenspraktisch als politisch-emanzipatorische Individual- sowie Kollektivkategorie taugt. Angesichts dessen, dass die Versuche der Herstellung *kollektiver politischer Identität* in den sechziger und siebziger Jahren in Dogmatismus und Abgrenzungsfetischismus mündeten, stellt sich die Frage, ob die *Suche nach politischer Identität* nicht eher Bestandteil des Problems der *regressiven Politisierung*, als dessen Lösung war.³ Eine gegenwärtig zentrale und widerspruchsbeladene Frage lautet, ob es möglich wäre, *ohne* Identitätskurs libidinöse Bindungen sowie kollektive emanzipatorische politische Strategien zur Aneignung geeigneter Lebensbedingungen zu entwickeln. Lassen sich Fragen nach individuellem und kollektivem politischen Handeln sowie Selbst- bzw. Lagebewusstsein von *Identitätssuche* lösen? Ist es nicht vielmehr die zerrissene Subjektivität als etwa ein scheinbar identisches Selbst, die (Selbst)Reflexion auf diese Zerrissenheit, die – auch wenn mensch sich nach deren Überwindung sehnt – überhaupt erst kritisches (Selbst)Bewusstsein und Handeln ermöglicht?